

## Rundbrief Nr. 25/09

Sitzung vom 27. Oktober 2009

Sitzungsleitung: Emanuel

Protokoll: Max

Redeliste: Emanuel

Sitzungszeit: 19:15-21:10; 21:23-23.10

Anwesend: Emanuel, Max, Sven (Germanistik) Leon (Japanologie), Anna (Medizin), Arne, Luise (SÜD), Tine, Moritz, Alex, Mario, Oli, Jasper, Hans (MathPhys), Rüdiger, Conrad, Timo (Philo), Johannes (AK Lehramt), Ferdinand (Chemie), Caroline (Jura), Johanna (Theo) Stefanie (Ägyptologie, Ruprecht), Kirsten (Mittellatein), Rüdiger (Coli), Marianne (SAI),

TOP 0

Zukünftige Sitzungsvorbereitung, Sitzungsleitung und Nachbearbeitung:

Termin	Fachschaft
27.10.09	Germanistik (Emanuel)
03.11.09	Theologie (Johanna)
17.11.09	Mathy Phys, Alex, Johannes, Leon (Japanologie)
24.11.09	
01.12.09	
08.12.09, 12.01.10, 26.01.10	

Die FSK tagt in der Regel 14-tägig. In den Wochen vor einer Senatssitzung (oder ggf. einer anderen wichtigen Sitzung wie z.B. fzs-MV) muss eine FSK-Sitzung stattfinden, um die FSK-VertreterInnen zu mandatieren – mit der Folge, dass der 14-tägige Rhythmus nicht immer durchgehalten wird.

Hinweis: Im Rahmen der Vorlesungsreihe der GEW-Studigruppe und der FSK findet am **Donnerstag, den 29.10.2009**, von 18-20 in der **Neuen Uni im ehemaligen Senatssaal** ein Vortrag zum Thema **„Exzellenzinitiative und Elitenbildung von Michael Heinrich** statt. Lasst Euch das nicht entgehen!

Denn: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!

# 1. Alte Anträge (Voten Eurer Fachschaft für die nächste FSK-Sitzung erbeten)

## 1.1.Vortragsreihen:

### a. Antrag 2/09: Anträge auf Unterstützung der Vortragsreihe der GEW-Studigruppe et al

Beantragt wird die Übernahme von Zuschüssen zu Vorträgen (Honorar und Fahrtkosten) sowie eine Ausfallbürgschaft von bis zu 400 Euro.

Siehe Rundbrief 24/09 S. 2

Dafür: Germanistik, MoBi, Theologie, ReWi, Jura, Chemie, Mittellatein

Enthalten: MathPhys, Jura

Dagegen: -

**Angenommen**

### a.1. Antrag 2.1/09: Erhöhung des Betrags um 450 € auf 850 € IST EIN ZUSATZ

Ergänzungsantrag zu Antrag 2/09

Siehe Rundbrief 24/09 S.4.

Dafür: Germanistik, MoBi, ReWi, Theologie, Mittellatein, SAI

Enthaltung: MathPhys, Jura

Dagegen:

**Angenommen**

### b. Antrag 5/09: Antrag des Heidelberger Forums auf Unterstützung

Siehe Rundbrief 24/09 S. 4

- GESAMT: max. 1374,- €

Dafür: Mittellatein, Germanistik, SAI

Enthaltung: Jura, MathPhys

Dagegen:

**Wird gehalten**

### c. Antrag 6/09: Antrag des Antifa-AK auf Unterstützung eines Vortrags

Genauere Informationen fanden sich in Rundbrief 20/09

Dafür: MathPhys, Germanistik, Theologie, ReWi, Mobi, SAI, Jura, Mittellatein, SÜD

Enthaltung: Philosophie

Dagegen:

**Angenommen**

#### d. Antrag 3/09 Unterstützung der Vortragsreihe der Postautisten

Der Antrag umfasst drei Teile (s.u.). Der komplette Antrag befindet sich im Anhang des Rundbriefs 23/09. (MathPhys unterstützt bis zu 1200 Euro, je nachdem wie die Voten liegen)

3.1/09 Druckkosten – 200 Euro

Dafür: ReWi, Theologie, Jura, Mittellatein, Germanistik, Math Phys

Dagegen:

enthalten: Medizin

**Angenommen**

3.2/09 Vortragsreihe – 1190 Euro

Dafür: ReWi, Theologie, Mittellatein, Germanistik

Dagegen:

**Wird gehalten**

3.3/09 Podiumsdiskussion – 805 Euro

Dafür: ReWi, Theologie, Math Phys

Enthaltung: Germanistik, Japanologie, SÜD

Dagegen: Mittellatein

**Abgelehnt**

#### 1.2. Antrag 4/09 Bildungsstreik Aufruf

Siehe Anlage S.28

Dafür: ReWi, Theologie, MathPhys, MoBi, Germanistik, Jura, Philo, SÜD, Mittellatein

Dagegen:

**Angenommen**

#### 1.3. Antrag 8/09: Antrag von Nina (Klimaaktionsgruppe / Mitglied im Senatsausschuss für Umweltfragen):

Siehe RB 24/09 S.5.

51 Euro

Dafür: Germanistik, MathPhys, SAI, Jura, Mittellatein, SÜD, Theologie

Dagegen:

**Angenommen**

#### 1.4. Antrag 7/09: Mandatierung für die Delegation zur nächsten fzs-MV

Es geht um S1-S7, siehe RB 24/09, S.22-26.

Dafür: Mittellatein, Germanistik, Theologie, SÜD

Enthaltung, Chemie, MathPhys, Jura

Dagegen:-

**Angenommen**

#### 1.4.1. 7.1./092.2 Fzs-MV Delegation

Suchen noch Interessierte.

Delegation: Sven, Johannes, Tine (evtl.) + XX / XY

Dafür: Germanistik, Theo, Mittellatein, Jura, SAI, CoLi,

Enthaltung: MathPhys, Medizin

**Angenommen**

#### 1.5. 9/09 Antrag auf Einrichtung dreier neuer Referate siehe Anlage S.32

Antrag in der Sommerpause versackt, Anregungen sind inzwischen eingearbeitet (z.B.

Öffentlichkeitsarbeit und Agitation) – teilweise wurden die Aufgabenbereiche den Wünschen der Sitzung angepasst. Diskussion über „Agitation“. Vorschlag: Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Sei hiermit festgehalten. Es kommt die Frage auf, ob es ausreichend Manpower für drei neue Referate haben. Diese Befürchtungen wurden ausgeräumt.

1. Öffentlichkeit und Agitation:

Dafür: MathPhys, Chemie, SAI, Germanistik, SÜD, Coli, Jura, Mittellatein

Dagegen:

**Angenommen**

2. Ökologie und Nachhaltigkeit:

Dafür: SAI, Chemie, Germanistik, MathPhys, SÜD, Coli, Mittellatein, Jura

Dagegen:

**Angenommen**

3. Politische Bildung und Vernetzung

Dafür: Germanistik, SAI, CoLi, Chemie, Mittellatein, Japanologie

Enthaltung: MathPhys, Jura

**Angenommen**

### 1.6. 10/09 Unterstützungsantrag der Theatergruppe Tatüttheater

Dafür: MathPhys, SAI, Germanistik, Jura, SÜD, Mittellatein, CoLi

Enthaltung: Medizin

näheres s. Rundbrief Anlage S.34

**Angenommen**

## 2. Neue Anträge

### 2.1 Besetzungen in Österreich/Solierklärung von der FSK

Es wird hinterfragt, ob die Situation von uns richtig eingeschätzt werden kann. Laut Lektüre scheint dort die Bildungssituation wesentlich schärfer als in Deutschland zu sein. Bauten der Germanistik sind miserabel (Regnet rein), „Hahn“ ist in die EU-Politik weggelobt worden. Darüber hinaus gibt es ein Problem mit den vielen Deutschen, die nach Österreich kommen, um zu studieren. Die Sache wurde an Referat für hochschulpolitische Entwicklungen abgegeben, das damit beauftragt wurde eine Solierklärung zu verfassen.

### 2.2. 12/09 Das Referat für Studienreform und hochschulpolitische Entwicklungen beantragt eine Aufstockung des Etats in Höhe von 1200 Euro.

Begründung:

Das Referat hat im Auftrag der FSK einen Großteil ihrer Außenvertretung übernommen (fzs, LAK, ABS, bpm, Vernetzung), wodurch erheblich mehr Fahrtkosten anfielen. Die durch kurzfristige aktuelle Entwicklungen angefallenen weiteren Treffen im Arbeitsbereich des Referats (u.a. EQR/DQR und "Bologna", nicht jedoch Bildungsstreik) hätten noch in die Kalkulation gepasst, doch die Fahrtkosten für die Außenvertretung der FSK und Vernetzung haben ihn gesprengt.

### 3. Gremien (Vor- und Nachbereitung von Sitzungen, Informationsaustausch)

#### 3.1. Fachschaftsrat 2. & 3. Sitzung (Bericht)

Der Fachschaftenrat tagte zum zweiten Mal und war, da nur 15 Leute, anwesend, erneut nicht beschlussfähig. Gemäß der Verfahrensordnung wurde sofort eine neue Sitzung dritte Sitzung einberufen, die dann beschlussfähig war. Es gab folgenden Beschluss: Die Fachschaften trennen die Administration ihrer Finanzen vom Asta. Es gibt drei neue Zeichnungsbeauftragte

#### 3.2. Senatsausschüsse

Vertreterversammlung des Studentenwerkes sucht noch einen/eine Studi

Anna Potzy (Medizin) machts

SAL: Ein Bericht findet sich im Anhang

#### 3.3. Bericht aus dem Universitätsrat

Jemand spricht.

#### 3.4. Bericht aus der Zentralen Studiengebührekommision

Siehe Anlage

Allgemeines Vortreffen soll in der Zukunft im ZFB stattfinden.

#### 3.5. Studienstrukturreform:

a. AG Mitbestimmung (ORGASMUS), Bericht vom 15.10.vertagt

b. SAL: am 20.10. (Bericht) vertagt

c. AG LA-Umstellung am 20.10. (Bericht)

Die Ag ist nur sinnvoll, wenn die Fächer daran teilnehmen, was momentan noch nicht der Fall ist. Ein großes Treffen ist sinnvoll. Wir suchen hierfür verantwortungsbewusste Studis, die vielleicht auch aufgrund ihrer Fächerverbindung eine Verknüpfung zwischen Altstadt und Feld haben.

#### 3.6. Landeslehrpreiskommision

Niemand spricht über nichts.

### 3.7 Gleichstellungskommission

Oli und Tine (MathgPhys) gehen zum Treffen

Vortreffen bei Interesse. Das Treffen ist am Freitag, den 12.11. Dort sollte unbedingt angesprochen werden, dass es Ombudsmänner geben muss.

### 3.8 Sitzung des Studierendenrates des Deutschen Studentenwerks (DSW)

Norberts Bericht ist im Anhang

### 3.9 IOK Kommission

Alex hat berichtet. Ein ausführlicher Bericht steht in der Anlage des nächsten Rundbriefs.

### 3.10. QMS

Momentan findet eine Diskussion statt, welches Programm zur Evaluierung genutzt werden sollte. Aber: Das momentane Problem ist, dass es keine(n) gibt, der so eine Software nutzen kann. Eine Software zu bestellen, mit der noch keiner kompetent umgehen, bringt aber nichts. Deshalb sollte man jedesmal, wenn das erwähnt wird, dies auf allen Ebenen ablehnen. Man sollte deswegen mit Eitel, Nüssl und Sonntag einen Termin machen und sie nachhaltig auf die Probleme hinweisen.

## 4. Aktuelle Mitteilungen

### 4.1 „Runder Tisch“ „Leben in der Altstadt“

In 2 Wochen, am 10.11 findet aufgrund einer Bürgerinitiative, initiiert vom OB, der runde Tisch statt. Themen sind Beschwerden über Lärm, Dreck und Belästigungen. Jasper (Math Phys), Yannick (Bildungsstreik und Anglistik) und Johanna (Theologie) werden dort hingehen. In der Sitzung werden differenzierte Meinungen zur Legitimität dieser Anschuldigung diskutiert. Mehrere Positionen wurden gebracht. Von der Haltung, dass es möglichst keine Polizei in der Altstadt geben sollte bis zur Auffassung, dass es bspw. um elf dort keine geben sollte, wenn sie unnötig ist aber bspw. um vier, wenn die ein oder andere Schlägerei im Gange ist mehr Polizeipräsenz sinnvoll wäre.

Als ein Problem wurde ferner genannt, dass die Taxen nachts viel zu schnell unterwegs sind und es dadurch viel zu viel Lärm gibt. Das Wir-Wollen-Euch-nicht-Poster wird abgelehnt.

Am Schluss sind sich alle einig, dass wir möglichst konstruktiv vorgehen sollen!  
Rückmeldungen per mail an [Jasper@mathphys.fsk.uni-heidelberg.de](mailto:Jasper@mathphys.fsk.uni-heidelberg.de)

### 4.2 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU, FDP

Der Koalitionsvertrag findet sich hier:

<http://www.spiegel.de/media/0,4906,21958,00.pdf>

Im Anhang zu diesem Rundbrief eine erste GEW-Einschätzung, hier die entsprechende PM der GEW:

[http://www.gew.de/GEW\\_Kein\\_Programm\\_fuer\\_mehr\\_Chancengleichheit\\_Weiterer\\_Privatisierung\\_wird\\_Vorschub\\_geleistet.html](http://www.gew.de/GEW_Kein_Programm_fuer_mehr_Chancengleichheit_Weiterer_Privatisierung_wird_Vorschub_geleistet.html)

Bericht im Deutschlandfunk: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/campus/1057829/>

Das geplante Stipendienprogramm stößt seit seiner Bekanntgabe auf Ablehnung:

<http://www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/art-970-stipendien-programm.php>

Außerdem wird Ministerpräsident Oettinger nach Brüssel abgeschoben:

<http://www.tagesschau.de/inland/oettinger116.html>

### 4.3 Abzug der Amerikanischen Truppen aus HD

Nach neuesten Informationen (u.a. aus der RNZ) werden die Truppen jetzt doch abgezogen. Bei einer entsprechenden Antwort wäre das Thema eventuell interessant, da es auch mit der Frage verknüpfbar ist, ob denn mit einem etwaigen Abzug der US-Army die Gelegenheit zur Schaffung neuen Wohnraums für Studis oder zur Einrichtung von Freiräumen ergriffen wird.

### 4.4 Landtagsanhörung

Timo berichtet und wird das im Rundbrief angefügte Statement als PRIVATPERSON halten.

## 5. Weiterentwicklung der studentischen Vertretung und Mitbestimmung an der Uni Heidelberg

### 5.1 Bericht aus der AG Mitbestimmung (AGSM) am 15.10

#### **VERTAGT**

#### 5.2 Bericht vom Treffen mit den politischen Hochschulgruppen

Bericht von dem Treffen:

Diejenigen, die als Privatpersonen (es gab keine mandatierte oder anderweitige Vertretung der FSK) da waren, fanden es seltsam, dass mit diesem Treffen eine Parallelstruktur zur AG Sm installiert wurde. Hierzu gab es eine längere Diskussion. Aber eigentlich ging es einigen der anwesenden Hochschulgruppen nur um den zASTer, will heißen um Geld. Nachdem das mit dem Verweis, dass es doch eigentlich eher um Demokratie und studentische Mitbestimmung gehen sollte, schnell für alle geklärt war und man ihnen gesagt hat, dass sie gerne die Finanzverwaltung machen können, gab es eine längere Diskussion zur Frage des Modells studentischer Mitbestimmung. Ein Modell von Alex, das eine Mischung aus dem FSK-Modell des Rätessystems und einem parlamentarischen Modell ist, findet sich im Anhang. Das Papier dazu findet sich im internen Bereich der FSK-Homepage, der unten erklärt ist.

#### 5.3 Sitzungs- und Rundbriefkultur

Vertagt MIT DER AUFLAGE: den Top weiter hoch und nächste Sitzung unbedingt machen!!!  
Treffen am 10.11 um 19:00!!!

Ein Sitzungsleitungsteam muss „gefunden“ werden.

Ferner wurde angemerkt, dass die Rundbriefe jetzt digitalisiert wurde und auf der FSK-Homepage im internen Bereich zugänglich sind auf:

<http://www.fachschaftskonferenz.de/login-interner-bereich.html>

Das Passwort kann bei dem Bürodienst der FSK erfagt werden, erreichbar unter: fsk-buerodienst@uni-hd.de

## 6. Sonstiges

### 6.1 Semesterticket

Das Treffen zum Semesterticket hatte eine schwache Beteiligung. Bei Scheitern des Semestertickets sollten wir eine PR-Kampagne fahren, wenn nicht dann auch! Des Weiteren sollte es trotzdem eine Demo geben. Es wurde erwogen, sich zum einen mit verschiedenen Hochschulen zu vernetzen und kollektiven Druck auf den VRN aufzubauen, da dies einen größeren Effekt hätte, als wenn dies eine Hochschule alleine täte oder aber mit anderen Gruppierungen, die ein günstiges Ticket brauchen, wie etwa Arbeitslosen, RentnerInnen etc. Ein näherer Bericht von Mario befindet sich im Anhang.

6.2. Vorbereitung der Gespräche mit MdL Pfisterer und Rektor Eitel sind in Planung

## 7. Termine

### 18.11. Redaktionsschluss des Unimut

#### 7.1 Unigremien

Diese Termine stehen vor allem aus folgendem Grund im Rundbrief: die FSK sollte die FSK-VertreterInnen in den Gremien bei der Vorbereitung unterstützen und ggf entsprechend mandatieren. Dies geht nur, wenn man Vortreffen frühzeitig ansetzt. Außerdem will man ja evtl. auch Anträge einbringen, dazu sollte man den Termin frühzeitig wissen. Die Termine finden sich hier:

<http://unimut.fsk.uni-heidelberg.de/unimut/termine/print?title=&upTo=all&kat=Gremien&doLinks=on>

27.10.

16:00, UB: Sitzung der Informations- und Kommunikationskommission des Rektorats

19:00, ZFB: Sitzung der FSK

10.11.

15 Uhr: Sitzungs des Senats

#### 7.2 fzs-Termine

Fr, 13.11.2009, 18:00 Uhr, mehrtägig Seminar: Hochschulpolitik für EinsteigerInnen

Details: [http://www.fzs.de/termine/event\\_443.html](http://www.fzs.de/termine/event_443.html) Ort: Jugendherberge Würzburg (bis So, 15.11.2009, 13:00 Uhr)

Termine des fzs finden sich hier: <http://www.fzs.de/termine/index.htm>

#### 7.3 weitere Termine

##### 7.3.1 Grünen-Anhörung im Landtag: 29.10.09

Siehe Tischvorlage: Öffentliche Anhörung im Landtag am 29.10.09 von 10 Uhr bis 17 Uhr

Die Grünen haben zu einer öffentlichen Anhörung im Landtag am 29. Oktober 2009 von 10 bis 17 Uhr im Landtag eingeladen. Am Vormittag wird es einige Input-Referate geben und am Nachmittag Arbeitsgruppen zu folgenden Themen: Studierbarkeit; Studentische Mitbestimmung; Hochschuldidaktik; Akkreditierung. Von HD fährt ein kostenloser Bus um 8 Uhr

##### 7.3.2. IHK Rhein-Neckar und Uni HD zum 29. Heidelberger Abend

- am 03.11. um 18.30 Uhr; es sind noch 2 Plätze sind zu haben

## 8. Interessante Artikel und Veranstaltungen etc.

Bildungsausgaben wachsen - statistisch zumindest:

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,656664,00.html>

Unser neuer Bundesfinanzminister. Oder: würden Sie diesem Mann 100.000 DM anvertrauen?

Ohne weiteren Kommentar:

<http://www.youtube.com/watch?v=XaWE8K2nRVs>

### Österreich: Studiengebühren sollen deutsche Studenten abschrecken

<http://gsofh.wordpress.com/2009/10/25/osterreich-studiengebuehren-sollen-deutsche-studenten-abschrecken/>

Vor einem Jahr wurden in Österreich die Studiengebühren für Universitäten wieder abgeschafft und der NC für einige Fächer aufgehoben. Eine Mehrheit aus SPÖ, FPÖ und Grüne hatte damals für die Abschaffung gestimmt. Inzwischen sind die Studiengebühren aber schon wieder im Gespräch. Die konservative ÖVP will die Campusmaut auf jeden Fall einführen, Wirtschaft und Konzernmedien machen beständig Stimmung für das Bezahlstudium. Zur wichtigsten Stillfigur ist dabei inzwischen die Warnung vor einer Ausländerschwemme geworden. Während *de facto* auch nicht mehr Ausländer in Österreich studieren als Österreicher im Ausland, hetzt eine Allianz aus konservativen Hochschulleitern, rechten Politikern und der Mainstreampresse gegen ausländische Studenten, die angeblich in riesigen Schwärmen über österreichische Hochschulen herfallen, Eingeborene verdrängen und den Staatshaushalt belasten. Konkret geht es v.a. um deutsche Studierende, insbesondere aus dem benachbarten Bayern. Um daraus ein „Argument“ für die Wiedereinführung der Studiengebühren zu machen, werden die Gebühren zum Schutzwall gegen ausländische Studierende erklärt. Je höher die Gebühren, um so weniger ausländische Studierende, heißt es in dieser Logik. Damit hofft man, xenophobe Überzeugungen anzusprechen und auch unter den österreichischen Studenten Anklang zu finden. Die Gebühren sollen also mit ausländerfreien Hörsälen schmackhaft gemacht werden. Glücklicherweise hat diese Propaganda unter Studenten bisher kaum verfangen, bei den aktuellen Protesten in Wien wird immer wieder hervorgehoben, dass ausländische Studierende auch weiterhin willkommen sein sollen.

Das Problem der „Gebührenflucht“ hat allerdings einen wahren Kern. Es ist ja nicht abzustreiten, dass die Gebühren dazu benutzt werden können, die Studentenzahl zu drücken und die Kosten für Bildung den Nachbarn aufzuhalsen. Das gleiche passiert ja auch zwischen den deutschen Bundesländern. Je höher die Gebühren, um so mehr lohnt es sich, beim gebührenfreien Nachbarn zu studieren. Das gleiche gilt natürlich auch für Unterschiede in der Gebührenhöhe. So kann es auf Dauer zwischen den Bundesländern wie auch den Mitgliedsstaaten der EU zu einem Wettbewerb kommen, bei dem alle Teilnehmer durch ständiges Anheben der Gebühren versuchen, möglichst keine Gebührenflüchtlinge abzubekommen und so viele Studierende wie möglich in die anderen Staaten zu verscheuchen. Belohnt wird das ganze mit sinkenden (oder zumindest nicht steigenden) Bildungsausgaben; in Zeiten von Wirtschaftskrise und staatlich verordneter Schuldenbremse ein nicht zu unterschätzendes Motiv. Dabei wäre das Problem relativ einfach zu entschärfen.

Ausgleichszahlungen von Staaten und Bundesländern, die von der Gebührenflucht profitieren, an diejenigen, die mehr junge Leute ausbilden, wären eine einfache Lösung, die gleichzeitig den Anreiz zur Gebührenerhöhung dämpfen.

## 9. Anlagen

1. Mail zu den Entwicklungen in Österreich S.15
2. GEW-Einschätzung des Koalitionsvertrags S.16
3. Bericht aus der zentralen Studiengebührenkommission S.19
4. Bericht von der Sitzung des Studierendenrates des Deutschen Studentenwerkes(DSW) S.21
5. Bericht vom Semesterticket S. 23
6. Bericht von der GEW-Vorlesungsreihe „Vom lebendigen Geist zum toten Punkt S. 24
7. Der Bildungsstreik geht weiter S.27
8. Beitrag von Timo Hagemeyer bei der Landtagsanhörung S. 30
9. Bericht aus dem SAL S.31
10. Langfassung des Antrages zur Einrichtung dreier neuer Referate S.33
11. Theatergruppe Tatütheata S.35

## 1. Mail zur Besetzung in Österreich: Georg Pichler (gp@rigardi.org)

Sehr geehrte Fachschaften der Uni Heidelberg,  
Sehr geehrte Fachschaften der Uni Göttingen,  
Sehr geehrte SoWi Fachschaften der Uni Bamberg,  
Sehr geehrter Studentenrat der Freien Uni Berlin,  
sowie alle anderen hier nicht separat aufgeführten Adressaten,

ich wende mich an euch im Anliegen, ein wichtiges Anliegen weiterzutragen. Aufgrund der mittlerweile prekären Studienbedingungen an vielen Fakultäten österr. Unis, insbesondere der Uni Wien und als Zeichen gegen die Entdemokratisierung, den Bologna-Prozess und die fortdauernde Transformation der Universitäten von Bildungsinstituten zu reinen Ausbildungsstätten der Wirtschaft unter grober Verachtung der Geisteswissenschaften, wurde bereits vorgestern das AudiMax als größter Hörsaal der Uni Wien besetzt. Jene Besetzung dauert bereits bis zum aktuellen Zeitpunkt an und wird fortgesetzt. Von dieser friedlichen Demonstration wurde von Medien im ganzen Land ausführlich berichtet, egal ob Qualitätsblätter, Boulevardzeitungen oder TV. Die Aktion entstand im Übrigen spontan aus einer Demo und wird erst jetzt offiziell von Fraktionen der Hochschülerschaft unterstützt.

Die IG der freien Lehrenden an der Uni Wien hat sich bereits solidarisch erklärt, ebenso Vertreter des Juridicums und der TU Wien. Am gestrigen Tage hat sich auch Graz angeschlossen, wo ebenso ein Hörsaal besetzt wurde, die Hochschülerschaft in Klagenfurt erwägt ebenso eine Teilnahme am Protest. Ebenso ist Linz dabei, wo ich derzeit aber nicht weiß, ob und welche Aktionen gesetzt wurden. Im Laufe des vergangenen Abends hat sich auch die Politikwissenschaft der Uni Turin angeschlossen, dort wurden gleich mehrere Hörsäle gekapert, womit die Gegenwehr international geworden ist

Da es für den basisdemokratisch organisierten Protest keine offiziellen „Rädelsführer“ gibt, bitte ich euch hier in einer Einzelinitiative um eure Unterstützung. Tragt dieses Anliegen weiter, besetzt Hörsäle und setzt Zeichen. Fordert was euch gehört - es ist eure Uni. Verbreitet die Kunde über den Protest an andere deutschen Unis und ins Ausland. Das Buschfeuer muss zum Flächenbrand werden, damit wir etwas verändern können.

Eine Chance wie heute, wo bereits in Österreich und Italien engagierte StudentInnen für ihre Bildung eintreten, ist einzigartig. Lasst eure Uni brennen, und zwar in der Leidenschaft für Bildung.

Hier ein paar Links zu weiteren Informationen und Berichten:

<<http://derstandard.at/r3653/UniPolitik>

<<http://www.studivz.net/uniscreen>

<<http://www.facebook.com/pages/Audimax-Besetzung-in-der-Uni-Wien-Die-Uni-brennt/158948343468>

<<http://news.orf.at/091023-43981/index.html>

<[http://diepresse.com/home/bildung/universitaet/516801/index.do?\\_vl\\_backlink=/home/index.do](http://diepresse.com/home/bildung/universitaet/516801/index.do?_vl_backlink=/home/index.do)

<<http://twitter.com/unibrennt>

<<http://twitter.com/rigardi>

## 2. GEW-Infos zum Koalitionsvertrag

Stellungnahme von Andreas Keller zum Koalitionsvertrag

### - Hochschulfinanzierung -

"Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation und Exzellenzinitiative werden fortgeführt. So haben es die Regierungschefs von Bund und Ländern beschlossen", heißt es im Koalitionsvertrag. Ein leidenschaftliches Bekenntnis zu diesem Beschluss sieht anders aus, aber die GEW wird die Koalition beim Wort nehmen und nicht zulassen, dass an den zusätzlichen 18 Milliarden Euro für die Wissenschaft gerüttelt wird. Wer, wie die Koalition zu Recht, die Studienanfängerquote weiter steigern will, die Betreuung und Beratung der Studierenden sowie die Qualität der Lehre verbessern möchte, wird aber auch damit nicht auskommen. Die GEW erinnert daher an die Vereinbarungen des Dresdener Bildungsgipfels von 2008, die Ausgaben für Bildung und Forschung auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, und kritisiert die Versuche von FinanzministerInnen, das Erreichen dieser Zielmarke durch Rechenricks zu simulieren (vgl. Pressemitteilung der GEW vom 22.10.2009:

[http://www.gew.de/GEW\\_Die\\_Qualitaet\\_von\\_Bildung\\_zu\\_verbessern\\_geht\\_anders\\_Finanzminister\\_disqualifizieren\\_sich\\_durc....html](http://www.gew.de/GEW_Die_Qualitaet_von_Bildung_zu_verbessern_geht_anders_Finanzminister_disqualifizieren_sich_durc....html)).

### - Studienfinanzierung -

Die Koalition möchte das BAföG "sichern und weiterentwickeln". Diese abstrakte Absicht wird aber nicht mit konkreten Vereinbarungen unterlegt. Nicht einmal der gemeinsame Vorschlag von BDA und DGB, die Altersgrenze von derzeit 30 auf 35 Jahre anzuheben, um das BAföG bolognatauglich zu machen, wird aufgegriffen. Stattdessen werden die über 30-Jährigen auf Bildungskredite verwiesen, die ausgebaut werden sollen. Statt auf eine Sicherung und Weiterentwicklung des BAföG konzentriert die Koalition ihre Kräfte auf den Ausbau eines "nationalen Stipendienprogramms" - gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft. Bis zu zehn Prozent der Studierenden sollen "ausschließlich nach Begabung einkommensunabhängig" Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat erhalten. Die GEW sieht die Gefahr eines Paradigmenwechsels: weg vom Rechtsanspruch auf bedarfsdeckende Ausbildungsförderung hin zum Zubrot als Gnadenakt. Die Studienanfänger- und Erfolgsquote setzt eine soziale Öffnung der Hochschulen voraus, die nicht ohne eine Stärkung und einen kräftigen Ausbau des BAföG erreicht werden kann!

### - Bologna-Prozess -

Bundesbildungsministerin Annette Schavan hatte sich im Juli 2009 unter dem Eindruck des von der GEW unterstützten Bildungsstreiks weit aus dem Fenster gelehnt und sich für Kurskorrekturen im Bologna-Prozess stark gemacht. "Studierende sollten selbst entscheiden können, ob sie einen Master machen wollen oder nicht", lautete eine ihrer Forderungen (Pressemitteilung vom 07.07.2009, <http://www.bmbf.de/press/2614.php>). "Die Reform der Studienstrukturen nach dem 'Bologna-Prozess' muss unvoreingenommen überprüft und darf nicht schematisch auf alle Studiengänge erstreckt werden", heißt es entsprechend im Wahlprogramm von CDU und CSU. Der nun vorliegende Koalitionsvertrag ist deutlich zurückhaltender: "Die Umsetzung des Bologna-Prozesses ist in Deutschland sehr weit vorangekommen, die wesentlichen Ziele sind in weiten Teilen erreicht." Gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen möchte die Bundesregierung ein "Bologna-Qualitäts- und Mobilitätspaket" schnüren, mit dem u. a. die Betreuung und Beratung der Studierenden verbessert werden soll. Wir sind gespannt auf Einzelheiten des Pakets und ob die Hochschulen mit einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung rechnen dürfen. Von der (Kurs-)Wechselstimmung des Sommers hat sich die Koalition aber bereits abgesetzt. Die GEW wird die alte und neue Bildungsministerin an ihre Zusagen vom Juli erinnern und die Studierenden, die im Sommer erfolgreich bildungsgestreikt haben, ermuntern, dies auch zu tun.

### - Hochschulgesetzgebung -

Bereits die CDU/CSU-SPD-Koalition hatte vor, das Hochschulrahmengesetz (HRG) aufzuheben. Die CDU/CSU-FDP-Koalition möchte jetzt einen zweiten Anlauf starten. Inzwischen eine recht unspektakuläre Maßnahmen - bereits die Föderalismusreform von 2006 hat dem Bund die Rahmengesetzgebungskompetenz für das Hochschulwesen genommen, 2008 hat das HRG seine Bindungswirkung verloren. Doch auch nach der Föderalismusreform sind dem Bund in der Hochschulpolitik die Hände nicht gebunden: Er besitzt für die Hochschulzulassung und die Hochschulabschlüsse eine Gesetzgebungskompetenz, von der er bisher keinen Gebrauch gemacht hat. Das Zulassungschaos für StudienbewerberInnen und Probleme bei der Anerkennung von Studienleistungen und Hochschulabschlüssen zeigen, dass ein Eingreifen des Bundes dringend geboten wäre. Leider enthält die Koalitionsvereinbarung keine Ankündigung, dass der Bund künftig von seinen Kompetenzen Gebrauch machen wird - ein Armutszeugnis für eine Koalition, die die "Bildungspolitik" ausrufen möchte.

### - Karrierewege in Hochschule und Forschung -

In der vergangenen Wahlperiode haben aus Anlass des von der Bundesregierung vorgelegten Bundesberichts zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (BuWiN) alle Bundestagsfraktionen, auch CDU/CSU und FDP, Anträge zur Reform der Karrierewege und Personalstruktur in Hochschule und Forschung vorgelegt - im Sinne einer größeren Berechenbarkeit und Planbarkeit der Karrierewege in der Wissenschaft. Wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der WissenschaftlerInnen und Wissenschaftler und zur Förderung der Attraktivität des

Arbeitsplatzes Hochschule haben aber leider keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Dort ist allein von einer stärkeren Durchlässigkeit der Karrierepfade in Wissenschaft und Wirtschaft die Rede. Und: Die Koalition möchten ihren "Beitrag für bessere Karrierechancen von Frauen" leisten. Nur wie? Die GEW hätte da einen Tipp und erinnert an ihren 2008 gemachten Vorschlag, ein Bund-Länder-Sofortprogramm zur Finanzierung von 10.000 zusätzlichen Stellen für NachwuchswissenschaftlerInnen aufzulegen, das die überfällige Reform der Karrierewege an den Hochschulen in Gang setzt und die Chancen von Frauen verbessert.

Siehe:

[http://www.gew.de/GEW\\_fordert\\_10.000\\_zusaetzliche\\_Stellen\\_fuer\\_den\\_wissenschaftlichen\\_Nachwuchs.html](http://www.gew.de/GEW_fordert_10.000_zusaetzliche_Stellen_fuer_den_wissenschaftlichen_Nachwuchs.html).

Statt, wie im Koalitionsvertrag, nach "außertariflichen Vergütungselementen" für WissenschaftlerInnen zu rufen, sollte die Bundesregierung den Tarifpartnern endlich die Möglichkeit geben, wissenschaftsadäquate tarifvertragliche Regelungen auszuhandeln: durch Streichung der Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz und durch die Zustimmung zur Aufnahme von wissenschaftsspezifischer Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) des Bundes.

Download des Koalitionsvertrages auf den Internetseiten von CDU, CSU und FDP:

<http://www.cdu.de/doc/pdfc/091024-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>

[http://www.csu.de/dateien/partei/partei/entwurf\\_koalitionsvertrag.pdf](http://www.csu.de/dateien/partei/partei/entwurf_koalitionsvertrag.pdf)

<http://www.fdp-bundespartei.de/files/363/091024-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>

### 3. Bericht aus der zentralen Gebührenkommission

Sitzung war am Dienstag, 21. Oktober ab 17 Uhr. Anwesend waren alle (Philipp (GHG) und Moritz (FSK) für die Studis, Ostrowski und Schaade für den Mittelbau, Pfeifer und Sonntag für die Profs, Barz und Heisenberg ZUV). Es ging um die Zuweisungen an die zentralen Einrichtungen im SS 2010, außerdem um einige Einzelanträge. Beim Vortreffen war leider außer mir niemand anwesend. Wir haben in der Sitzung zuerst festgestellt, dass mit der Formatierung der Zahlen, die aus der ZUV kam, überhaupt nichts anzufangen war. Nachdem Frau Heisenberg uns eine halbe Stunde versucht hat zu erklären, warum diese Tabellen nun so und nicht anders aussehen, war immer noch kein Verständnis hergestellt. Bei niemandem. Ich konnte Frau Heisenberg allerdings auf einige Inkonsistenzen in ihrer Darstellung hinweisen.

Schließlich hat sich Herr Pfeifer entschlossen, zu handeln. Ist aufgestanden, an das Whiteboard-Dingens gegangen und hat eine Tabelle aufgemalt. Und dann haben wir in der nächsten Stunde (sehr gemeinschaftlich) uns eben alle nötigen Zahlen (was wird bisher an die zentrale Einrichtung gegeben, was will die zentrale Einrichtung für 2010, wieviel davon ist/soll in Dauerstellen gebunden) selbst zusammengepfriemelt. Nach anderthalb Stunden Vorarbeit konnte dann tatsächlich die inhaltliche Arbeit losgehen.

Wir haben die Budgets für die zentralen Einrichtungen festgelegt. Die folgenden Zahlen sind aus dem Kopf, genaue Zahlen (mit Bestätigung/Override durch das Rektorat) kommen mit dem Protokoll der Sitzung.

- UB: von 250k auf 280k (statt 480k beantragt)
- URZ: Bisher liegt kein Antrag vor, wir fordern zur Antragsstellung auf und legen mal vorsorglich 150k zurück.

- ZLB: weiterhin 10k (statt 15k). Wir sollten hier im Senat mal anfragen, warum das ZLB Geld für Mist bekommt, etwa

"Projektmanagement\ und "Betreuung der SDWStipendiatengruppe"

- ZSL: weiterhin etwa 40k (statt etwa 60k beantragt)
- ZSWSLK: weiterhin den alten Betrag (statt das anderthalbfache beantragt). Hab die Zahlen nicht mehr im Kopf

- D7 (AAA): weiterhin 100k

Abschließend wurde über die Einzelanträge gesprochen.

- Der Antrag des ZMBH (der im Februar schonmal vorlag) wurde vertagt, sodass er mit den anderen Anträgen aus den Instituten behandelt werden kann.

- Der Antrag auf Erstattung der Kosten für die Programmakkreditierung in Informatik, Molekularer Biotechnologie und Altertumswissenschaften(?) wurde via studentischer Sperrminorität abgelehnt. Wir vermuten, dass das Rektorat sich dem nicht anschließen wird.

- Der Antrag auf Drittelfinanzierung einer Controlling-Stelle aus Studiengebühren wurde von der Kommission konsensual abgelehnt. Wir vermuten, dass sich das Rektorat sich hier der Kommission durchaus anschließen könnte (Pfeifer und Sonntag fanden das auch nicht so gut)

- Der Antrag auf eine Stelle im Qualitätsmanagement für u.a. sinnvolle Evaluation (genauer Antragstext ist beim Bürodienst einsehbar - wie alle anderen übrigens auch) wurde mit studentischer Enthaltung angenommen. Dem wird sich das Rektorat wohl anschließen.

Ende der Sitzung nach drei Stunden um 20h.

## 4. Bericht von der Sitzung des Studierendenrates des Deutschen Studentenwerks (DSW)

Vom Freitag, 23.10., 17 Uhr bis Sonntag, 25.10, 13 Uhr in Nürnberg.

Das Programm dieses Wochenende beinhaltete neben der Sitzung einen Empfang beim Studentenwerk Erlangen-Nürnberg, einen Besuch der Oper Nürnberg und der Gedenkstätte Reichsparteitagsgelände.

Der Empfang mit leckerem Essen, Bier vom Fass, unendlich Wein, Schnaps und delikatem Desserts durch das Studentenwerk Erlangen-Nürnberg war im sogenannten Inselkeller, mitten in der Altstadt gelegen. Es waren wirklich alle begeistert. Toll hergerichtete Tische, nettes Personal, einfach herrlich.

Als Oper gab es Bellinis I puritani (Der Puritaner). War wohl ein grandioser Erfolg in Paris Mitte des 19. Jahrhunderts, ein Auftragswerk nachdem Bellini auch starb, aber ich fands nicht toll. Hat wohl die Freiheits- und Nationalstaatsgefühle des Bürgertums bedient, aber heute ist der Stoff platt. Außerdem war es nicht mitreisend gespielt. Das Staatstheater ist aber ein schickes Gebäude.

Auf dem Reichsparteitagsgelände war ich nicht.

Inhaltlich wurden folgende Punkte behandelt: Berichte, ein Vortrag, Anträge des Vorstands an die MV, Anträge des Studierendenrates an die MV und Wahlen.

Der Vortrag wurde frei von Professor Holm-Hadulla gehalten, und zwar der Situation der Psychosozialen Beratungsstelle und der tendenziellen Entwicklung psychischer Belastungssymptome bei unseren KommilitonInnen, die verstärkt auftreten und auch behandlungswürdig (also klinisch relevant) sind.

Bei den Anträgen des Vorstandes ging es a) um Forderungen an die neue Bundesregierung, was aber erstmal zurückgezogen wurde, bis der Koalitionsvertrag der neuen Regierung endgültige Aussagen bzgl. Hochschulfinanzierung, „Student Services“ = soziale Infrastruktur, sprich Förderungsmittel für die Studentenwerke, BAföG (welches entsprechend der zurückliegenden BMBF-Berichte weiter deutlich zu erhöhen ist) und sonstige Studienfinanzierungsmaßnahmen trifft. Der andere Antrag bezog sich auf den Punkt Bologna und Studienfinanzierung, weil man aufgrund der Studienstrukturreform eine weitere Verschärfung der sozialen Selektion einerseits und eine erhöhte Abbruchrate/Nichtstudierbarkeit auf der anderen Seite gesehen wird.

Bei den Gesprächen und Diskussionen mit dem anwesenden Generalsekretär des DSW wurde aber auch klar, daß immo eine Abwehrschlacht zur Erhaltung des BAföG geführt werden muß. Nichts genaues gibt es nicht.

Die Anträge des Studierendenrates bezogen sich auf a) die Anerkennung demokratischer Partizipation der Studierenden in den Studentenwerken, b) die Folgen von Bologna und c) Ausbau der psychosozialen und psychotherapeutischen Beratung.

Wen es interessiert, kann sich die Unterlagen gerne im ZFB ansehen (zu den Bürodienstzeiten). Die nächste MV auf der das alles diskutiert und beschlossen wird, ist am 1./2.12.2009.

Wahlen, es stand an: Die Position des Vize-Präsidenten, zwei für den Vorstand und die Besetzung von 9 Ausschüssen. Der Studierendenrat benannte einstimmig die Wiederwahl von Christian Berg. Für den Vorstand kandidierten 4 Personen, 2x weiblich und 2x männlich, wobei die beiden Herren (Andreas Redeker und Holger Robbe) die Altgedienten waren. Bei den beiden Frauen handelt es sich um Rita Stiplina und Marie-Christine Reinert. Bestimmt wurden per Mehrheitsentscheidung Holger und Marie. Hier hat sich also einer der Veteranen nicht durchsetzen können. Meine Analyse der Situation geht in die Richtung Klüngelei, da Holger und Marie zu den Jusos gehören, die anderen beiden aber parteilos sind und beide entsprechend wenig Stimmen erhielten. Andreas ist eigentlich ein Redelführer und die setzen sich in unbedarften Gruppen normalerweise durch, normalerweise.

Ich habe mich für den Ausschuss Recht&Personal zur Verfügung gestellt und wurde auch gewählt. Weitere Ausschüsse sind Studienfinanzierung, Kultur, Hochschulgastronomie, Wohnen, Beratung&Soziales, Beirat IBS, Wirtschaftsfragen und Internationales.

Das wars.

Grüße

Norbert

## 5. Bericht Semesterticket Verhandlungen 26.10.2009

### Aktuelles Angebot

#### 1. Preisobergrenzen

10/11 133 Euro (vorher 138 Euro)

11/12 142 Euro (vorher 149 Euro)

12/13 151 Euro (vorher 160 Euro)

13/14 160 Euro (vorher 171 Euro)

#### 2. Sockel

Erhöhung um 2,78 Euro auf 22,78 Euro. Ausweitung der Abendregelung auf 24h am WE.

Optionale Nutzung in Mannheim für die Studierenden die an dortigen Fakultäten der Uni Heidelberg studieren (Medizin, TI).

#### 3. Preissteigerung

Parallel zum Maxx Ticket in absoluten Beträgen. Jedoch möglich darüber hinaus bis zu obigen Grenzen. Umgekehrt jedoch auch max. bis zu obigen Grenzen. Sofern das Maxx Ticket also stärker als 1,50 Euro pro Monat teurer wird, würde das Semesterticket dennoch max. bis zu diesen Grenzen erhöht.

#### 4. Kündigung

Gegen die Erhöhungen über das Maxx Ticket hinaus kann Widerspruch eingelegt werden und es besteht das Recht dann zu kündigen. Der Verkehrsverbund darf kündigen, wenn sich die Förderrichtlinien ändern. Genau dies ist Ende 2010 zu erwarten da der URN neu mit dem Land über Fördermittel fürs Semesterticket verhandeln muss. Außerdem kann gekündigt werden wenn die Nutzerquote um 15% einbricht.

Fazit: Die Preissteigerungsmodalitäten sind immer noch nicht wie von uns gefordert. Bei den Preisobergrenzen hat sich der Verkehrsverbund jedoch deutlich bewegt. Das Delta zu den Forderungen der FSK beträgt am Ende der Laufzeit nur noch ca. 11 Euro.

### Vortreffen

Leider sehr geringe Beteiligung - drei FSen - insgesamt 4 Leute. Allgemeine Diskussion über das Angebot, das weiter nicht als günstig angesehen wird. Dennoch ist ein Entgegenkommen des Verkehrsverbundes nicht zu bestreiten und erschwert die Positionierung im Falle eines Scheiterns. Die Preissteigerungen in den vergangenen Jahren legen eigentlich ein Scheitern nahe. Es wird diskutiert welche Vorteile das Scheitern haben würde und welche Probleme auftreten:

- klares Statement das ÖPNV und Bildungsverkehr unterfinanziert sind
- Kommune und Uni zu wenig für das Ticket getan haben
- absolut unklar ob in den nächsten Jahren im Falle eines Scheitern

ein neues Ticket erreicht werden könnte

- Fördermittel werden weiter fallen - die aktuellen Fördermittel wären erstmal weg und wohl auch schwer wieder zu holen
- ganz aktuell: die Steuererleichterungen des Bundes werden wohl an die Länder weitergereicht - wie sich in BaWü andeutet wird der ÖPNV nochmals stärkere Kürzungen hinnehmen müssen
- Finanzkrise wird die Spielräume der Kommunen in den nächsten beiden Jahren deutlich einschränken --> kein besseres Angebot zu erwarten
- öffentlich lässt sich beim entgegenkommen des VRN kaum klar erläutern warum die Studis dennoch das Ticket ablehnen
- Glaubwürdigkeitsfrage gegenüber den Schülern (Maxx Ticket)
- VRN selbst hat wohl wirklich keinen finanziellen Spielraum
- relevanter Ansprechpartner Land und Kommunen

Die anwesenden kamen nach langer Diskussion zum Schluss, dass die Unterfinanzierung und die Kürzungen bei den Fördermitteln ein Problem sind, die über die aktuellen Verhandlungen beim Semesterticket hinausreichen und mit dem URN nicht zu klären sind. Die Bemühungen die Kommunen und das Land in die Problematik einzubinden und auch finanzielle Unterstützung zu erhalten sind zumindest in den Verhandlungen gescheitert. Es wird festgestellt, dass weitere Bemühungen in diese Richtung und in größerem Rahmen notwendig sind, jedoch eigentlich unabhängig von den Verhandlungen zum Semesterticket. Strukturänderungen am VRN Gebiet, Fördermittel vom Land und eine Stärkere Gewichtung des ÖPNV durch Steuermittel sind Punkte deren Klärung mehrere Jahre in Anspruch nimmt. Daher soll gemeinsam mit dem Jugendgemeinderat ein Konzept zu "Mobilität im Bildungsverkehr" erarbeitet werden. Die Runde ist einig darin, dass ein Scheitern sehr hohe Risiken birgt und ca. 30% der Studierenden mit deutlich steigenden Kosten (Maxx Ticket) zurück lässt. Aktuell wird auch immer noch von einer Mehrzahl ein Semesterticket gewünscht - diesen würde jede Wahlmöglichkeit genommen. Die solidarische Sockelfinanzierung mit der ausgeweiteten Abendregelung ist sicher vertretbar.

Wenig begeistert von dem Vertragsangebot, jedoch mit der Erkenntnis, dass ein Scheitern keine relevanten Vorteile hätte. Der Vertrag läuft wohl nur zwei Jahre da eine Kündigung des Verkehrsverbundes zu erwarten ist, wenn sich die Fördermittel Richtlinie ändert. Dem StuWe gegenüber soll signalisiert werden, dass wir den Vertrag annehmen würden. Es ist jedoch zwingend notwendig weiter an alternativen Modellen zu arbeiten und in größerem Rahmen weiter für höhere Fördermittel und ein gestuftes Ticket zu arbeiten.

### Treffen mit dem StuWe

Einigkeit, dass der Vertrag sicher nicht ideal ist, jedoch im Vergleich zum Dezember eine deutliche Verbesserung darstellt. Es wird ein Antwortschreiben an den URN vereinbart, das einige Punkte des Vertragsangebotes kritisch aufgreift:

- Sockelerhöhung: akzeptabel nur 2,50 Euro Erhöhung, da zum WS 09/10 mit der Erhöhung auf 127 Euro bereits eine deutliche Steigerung erfolgt ist
- Vertragspartner ist nur noch das Studentenwerk und nicht mehr die Hochschulen (bisher mussten Uni Rektor und PH Rektor auch unterschreiben). Hat den Vorteil, dass über den Verwaltungsrat das StuWe gebunden ist - eigenmächtige Entscheidungen seitens der Rektoren sind nicht mehr möglich
- Hochschulen die bezugsberechtigt sind werden einzeln gelistet
- einige formelle Kleinigkeiten (Ermittlung der Nutzerquote, Identifikation des Studienortes)

Es wird in dem Schreiben klar geäußert, dass die Studierenden (die FSK) bei Erfüllungen obiger Punkte bereit wären, den Vertrag zu akzeptieren. Das Schreiben erging am Montag an den URN mit der Bitte auf Antwort vor Ende des Monats. Unterzeichnung eines Vertrages würde erst nach der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates (Ende November) sein. Da die Uni jedoch die Gebührenbescheide neu drucken und versenden müsste, muss eine verbindliche Entscheidung Ende des Monats fallen.

## 6. Kurzbericht Vorlesungsreihe "Vom lebendigen Geist zum toten Punkt - Hochschule unter neuen Vorzeichen"

Zum Auftaktvortrag der Vorlesungsreihe "Vom lebendigen Geist zum toten Punkt - Hochschule unter neuen Vorzeichen" referierte Torsten Bultmann vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über Ideologie und Arbeitsweise des CHE der Bertelsmann-Stiftung. Es war ein bunt gemischtes Publikum an interessierten Studierenden anwesend, darunter Studis aus verschiedensten hochschulpolitisch aktiven Gruppen. In der Diskussion im Anschluss an den Inputvortrag kamen nochmal ziemlich viele Fragen und Eigenbeiträge aus den Reihen der Anwesenden und es gab eine sehr gute Diskussion. Es gibt in der Veranstaltung einen Infotisch, auf dem jeweils Materialien zu den besprochenen Themen ausgelegt werden. Zudem ist ein Reader in Arbeit, der einige kürzere Texte enthalten soll, die jeweils in die einzelnen Themenblöcke (Problemhintergründe - Bologna-Prozess - Lernverhältnisse im gesellschaftlichen Kontext - Ökonomie und Wissenschaft) inhaltlich einführen.

Die Vorlesung findet jeweils donnerstags von 18-20 Uhr in der Neuen Uni im ehemaligen Senatsaal statt. Am kommenden Donnerstag, den 29.10., wird Prof. Dr. Michael Heinrich (TU Darmstadt) zum Thema Exzellenz-Initiative und Elitenbildung referieren. Alle Interessierten sind recht herzlich eingeladen.

Mit dem Rundbrief schicken wir euch auch nochmal ein Plakat zum Hinweis auf die Veranstaltung. Es wäre toll, wenn ihr es aushängen könntet. Noch toller wäre es, wenn ihr es schafft, auch mal selbst vorbeizukommen.

## 7. Der Bildungsstreik geht weiter

02.11.2009 Vollversammlung mit aktuellen Informationen zum Semesterticket

11.11.2009 VV in Feld und Altstadt

17.11.2009 Auftaktdemo in Heidelberg und in vielen anderen Städten bundesweit

21.11.2009 Zentrale Demo in Stuttgart

30.11.2009 bis 04.12.2009 Bildungsstreik-Aktionswoche

Jeden Montag, 18:00 im ZFB: Bündnistreffen: komm vorbei, sei dabei!

Weitere aktuelle Termine findest du auf unserer Homepage: [www.bildungsstreik2009-hd.de](http://www.bildungsstreik2009-hd.de)

Es wird Winter. Die lauschigen Innenhöfe der Altstadtinstitute, die Wiesen im Neuenheimer Feld und die Bänke vor der ehemaligen Krehl-Klinik laden nicht mehr zum Zusammensitzen ein. Doch wohin gehen?

Während der Sommer noch davon ablenkte, dass es keine Räume gibt für Diskussionen und Arbeit, wird dies nun offensichtlich: Es fehlen Freiräume.

Ein neues Semester hat begonnen. Die Seminare, von denen man sich viel versprochen hat, die Vorlesungen, auf die man sich gefreut hat und die Tutorien, die man selbst mit Studiengebühren finanziert, entpuppen sich mehrheitlich als genauso mittelmäßig wie uneingestanden befürchtet. Gerade die guten Veranstaltungen – ja, es gibt sie – rufen uns wieder schmerzhaft in Erinnerung, dass es anders sein könnte.

Es wird früher dunkler, es regnet. Der Weg vom Wohnheim in St. Ilgen nach Heidelberg war auch mal schöner. Die Bremsen am Rad sind sowieso schon nicht mehr so gut, doch der Stundenplan lässt keinen Besuch bei URmEl, der studentischen Fahrradwerkstatt, zu. Und kalt ist es auch. Dann eben Bus fahren. Kostet ja nur – wie bitte? – inzwischen 127 Euro plus 20 Euro Sockelbeitrag.

Anwesenheitslisten, abgelegene Wohnheime, verschulte Lehrpläne, eine Prüfung nach der anderen, teure Semestertickets, Wartelisten für Pflichtkurse. Hat sich denn gar nichts geändert? War es nur ein Spuk: Tausende Menschen auf den Straßen, gelbe T-Shirts überall? Ist das alles vorbei?

Nein! Es geht weiter! Am 16.10. verkündete die KMK (Kultusministerkonferenz), dass es Reformbedarf gibt und veröffentlichte beispielsweise die Empfehlung, den Bachelor auf acht Semester zu verlängern. Bundesbildungsministerin Schavan bemüht sich um Schadensbegrenzung und rudert in vielen Positionen zurück. Auch an der Uni Heidelberg, an der man sich noch vor wenigen Semestern damit brüstete, die BA/MA-Umstellung im Griff zu haben, kritisieren nun Dekane öffentlich, dass bei der Umstellung sehr vieles schlechter geworden ist.

Auch das Rektorat selbst benennt die Probleme und bewegt sich: in einer Arbeitsgruppe, die für alle Interessierten offen ist, wird über fehlende Mitbestimmung, über Freiräume für Studierende und über Verfasste Studierendenschaft diskutiert.

Doch das reicht alles bei Weitem noch nicht aus – den Worten müssen Taten folgen! Um den Prozess an der Universität allgemein, in den Instituten und in den Fakultäten in Gang zu bringen beziehungsweise weiterzuführen, müssen wir uns engagieren.

Mit den Erfolgen des Sommers im Rücken wollen wir im Winter wieder Schwung in die verkrusteten Unistrukturen bringen. Im Sommer haben wir ein starkes Bewusstsein für die Probleme an den Bildungseinrichtungen bei den Studierenden und in der Bevölkerung geschaffen. Aus diesen Erfahrungen, den neuen Vernetzungsstrukturen, Fortschritten in Verhandlungen und der großen Motivation, grundlegende Probleme, die uns selbst betreffen, zu lösen, ergibt sich ein enormes Potenzial für das laufende Semester. Es sind wieder vielfältige Aktionen geplant, bei deren Umsetzung wir jedoch Hilfe benötigen. Mit deinem Engagement kannst du einen Teil dazu beitragen, sinnvolle Veränderungen im Bildungssystem voranzutreiben. Davon abgesehen hast du die Möglichkeit, viele nette Menschen zu treffen und viel für dich selbst zu lernen.

Interessieren dich die Themenschwerpunkten „Freiräume für Studierende“, „Institutsräte“, „Semesterticket“, „Verfasste Studierendenschaften“, „Demokratische Hochschule“ oder die vielen anderen Bereiche, in denen wir arbeiten, dann mach mit! Willst du mehr im Studium kennenlernen als starre Lehrpläne? Dann beteilige dich und gestalte mit uns die Zukunft!

Anhang:

- Aufruf zum heißen Herbst des bundesweiten Bildungsstreikbündnisses
- Diskussionspapier zu Studierendenschaften (Arbeitsgruppe Mitbestimmung)
- Diskussionspapier Institutsbeiräte (Arbeitsgruppe Mitbestimmung)
- Diskussionspapier zu Freiräumen an der Universität (Arbeitsgruppe Mitbestimmung)
- Institutsfragebogen (Arbeitsgruppe Mitbestimmung)
- Pressemitteilung des bundesweiten Bildungsstreik-Treffens in Münster zur KMK (Kultusministerkonferenz)

PAPIERE:

Aufruf zum heißen Herbst des bundesweiten Bildungsstreikbündnisses

<http://www.bildungsstreik.net/wir-machen-weiter/>

Diskussionspapier zu Studierendenschaften (Arbeitsgruppe Mitbestimmung)

Diskussionspapier Institutsbeiräte (Arbeitsgruppe Mitbestimmung)

Diskussionspapier zu Freiräumen an der Universität (Arbeitsgruppe Mitbestimmung)

Die Papiere finden sich hier:

<http://www.fachschaftskonferenz.de/aktuelles/studentische-mitbestimmung.html>

Institutsfragebogen (Arbeitsgruppe Mitbestimmung)

Der Fragebogen wird sich hoffentlich auch bald auf der oben genannten Seite finden

Pressemitteilung des bundesweiten Bildungstreik-Treffens in Münster zur KMK  
(Kultusministerkonferenz)  
<http://www.bildungstreik.net/presseerklarung-zur-kmk/>

## 8. Vortrag von Timo Hagemeyer bei der Landtagsanhörung

Meine Damen und Herren,

Was war das wieder für ein Spieltag:

Leverkusen – Dortmund 1:1

Bayern – Frankfurt 2:1

Hoffenheim – Nürnberg 3:0

Hannover – Stuttgart 1:0

Gladbach – Köln 0:0

Mainz – Freiburg 3:0

Hertha – Wolfsburg 0:0

Schalke – HSV 3:3

Bremen – Bochum 1:4

Einen in dieser Form gearteten Vortrag würde ich Ihnen halten, wenn ich an dieser Stelle wirklich als „Studierendenvertreter“ sprechen würde, denn das hiesige LHG sieht nach §§ 2 und 66 eine Beteiligung der Studierenden außerhalb der Gremien nur in Bezug „geistigen, musischen und sportlichen“ Felder vor. Ein politisches Statement meinerseits an dieser Stelle wäre also illegal. Aus diesem Grund stehe ich hier als Privatperson und möchte nun ein paar Überlegungen in den Raum werfen, die Studierenden in Baden-Württemberg weiter in den hochschulpolitischen Prozess mit einzubeziehen:

Wie in den vorhergegangenen Vorträgen so wie in vielen offiziellen Statements der letzten Monate zu sehen war, wurden die Anforderungen an die Hochschulen, die der Bolonga-Prozess mit sich gebracht hat, deutlich unterschätzt. Unkenntnis in Bezug auf die Studienbedingungen, Kapazitätsberechnungen und um die tatsächlichen Bolonga-Anforderungen und Ziele führten dazu, dass nun heute um einer erneute Reform der Reform diskutiert werden muss. Diese Einsicht, zu der mittlerweile (seit Mitte Juli) auch Frau Schavan sowie (seit Mitte September) Minister Frankenberg gekommen sind, ist bei den Verantwortlichen allerdings nicht durch das eigene Problembewusstsein gekommen, es brauchte erst über 100.000 Studierende, die zum einen ihren Unmut auf der Straße kundtaten, zum anderen aber auch in verschiedenen Gremien und (illegalen) Verhandlungen mit ihren Forderungen und Vorschlägen inhaltliche Anstöße zum Umdenken vorgebracht haben.

Nicht erst an dieser Stelle haben die Studierenden unter Beweis gestellt, dass sie ernstzunehmende Mitglieder der Universität sind, die ein Interesse an Verbesserungen und Innovation haben. Im Voraus der Reform wurden sämtliche Ratschläge von Experten (z.B. der EVALAG) ignoriert, Studierende frühzeitig in den Reformprozess mit einzubinden. Dieser Fehler darf kein zweites Mal passieren. Es darf nicht wieder der Fall sein, dass vollkommen überforderte und durch ihre Aufgaben in der Forschung überstrapazierte Mittelbauer unter Zeitdruck und ohne durchdachte Schulung Prüfungsordnungen ändern und bald die Reform der Reform der Reform

ansteht. Es darf nicht sein, dass bei der anstehenden Modularisierung der Lehramtsstudiengänge analog zum Bachelor Fehler gemacht werden, die sich einfach vermeiden lassen.

Aus diesem Grund müssen die Studierenden eingebunden werden. Die Expertise und Erfahrung der Studierenden muss in den Prozess integriert werden, sofern man daran interessiert ist, nicht wieder zur Lachnummer zu machen. Dazu muss auch an Veränderungen struktureller Art gedacht werden. Die momentane Einbindung der Studierenden findet auf Ebene der Fakultäten und des Senats statt, wo nur fertige Prüfungsordnungen präsentiert und nicht erarbeitet werden. Dazu sind die Studierenden zahlenmäßig unterrepräsentiert und werden häufig, so leider die traurige Praxis, übergangen, da die Sitzungen wegen der zunehmenden Regelungsflut überladen sind.

Somit ist die einzig sinnvolle Lösung die Studierenden auf der Ebene der Institute bzw. der Studiengangtragenden Einheiten einzubinden. Möglich wäre die Schaffung von „Institutsräten“, in denen Vertreter aller an Studiumsinhalten beteiligten Statusgruppen paritätisch vertreten sind und die Belange von Studium und Lehre -insb. Prüfungsordnungen- gemeinsam diskutieren. So kann gewährleistet werden, dass auf der einen Seite die Studierenden durch ihre Erfahrungen im Lernalltag aber auch die Vertreter des akademischen Mittelbaus, die täglich die Konsequenzen der Prüfungsordnungen tragen müssen frühzeitig mit ihrer Expertise in den Prozess einbezogen werden. Darüber hinaus können in einem derartigen Gremium Lehrinhalte besprochen, Anregungen der verschiedenen Gruppen aufgenommen sowie Probleme aus dem Weg geräumt werden. Inwiefern ein solches Gremium Einfluss auf Finanz- und Stellenpolitik der Einheiten hat kann -vielleicht auch unter der Berücksichtigung des jeweiligen Einzelfalls- bleibt zu klären.

Ein solcher Ansatz ist allerdings nur ein kleiner Schritt. Die Schwierigkeiten, mit denen die Studierenden in ihrem hochschulpolitischen Alltag zu kämpfen haben, sind nicht zuletzt dem hiesigen Landeshochschulgesetz zu verdanken. Um sich wirklich gewinnbringend in die Belange der Hochschule einzubringen, ist eine verfasste Organisationsform unumgänglich und zwar nicht nur aus pragmatischen Gründen, sondern auch um das Gefühl zu haben, ernst genommen zu werden. Demokratische Werte werden bei hierzulande an jeder Ecke gelobt und hochgehalten, nur im Bereich der Hochschulen wird mit allen Mitteln versucht, die Beteiligung der größten Statusgruppe, die ihren hochschulpolitischen Sachverstand – da werden mir die anwesenden ProfessorInnen zustimmen – tagtäglich unter Beweis stellt, gering zu halten und nur da zu akzeptieren, wo sie nicht gegen die herrschende Meinung spricht. Ich spreche hier zwar nur für mich, aber ich denke dass solange dieser Prozess nicht ernsthaft voranschreitet und die Studierenden nicht in angemessenem Maße ernst genommen werden, werden sie ihren Unmut weiterhin (auch unter Zuhilfenahme verschiedener Protestformen) Luft verschaffen.

Und was gibt man auf, wenn man in einem Land, dass so viel auf sich hält und bei jeder sich bietenden Gelegenheit herausstellt, wo man zu den Besten gehört und dass man die Elite ist auch ein wenig versucht in Bezug auf Innovation, Demokratie und gegenseitigen Respekt ganz vorne mit dabei zu sein.

Vielen Dank.

## 9. Bericht SAL 20.Oktober 2009

Volles Haus (Zimmer)

### TOP 2 Mitteilungen

Hier referierte der kommissarische Prorektor für die Lehre Prof. Pfeiffer über den "Lehrkapazitätstrichter". Mit diesem Analyseinstrument sollen in Zukunft alle neuen Studiengänge durchgerechnet werden, ob genügend Lehrkapazität zur Verfügung steht.

Timo ergänzte den Vortrag um die inhaltliche Dimension bzgl. Der Mittelsplittung. In die Analyse gehen alle verfügbaren Ressourcen ein, aber wenn besonders viel, bzw. vom grundständigen Seminar durch Studiengebühren getragen wird, gäbe das Instrument keine langfristige Planungssicherheit, siehe Probleme PH oder Romanistisches Seminar.

### TOP 3 Einrichtung oder Aufhebung von Studiengängen, etc.

#### 3a) Online-Master Advanced Physical Methods in Radiotherapy

Es offenbarte sich ein zentrales Interesse seitens der Hochschulleitung zusammen mit den Medizinern Heidelbergs. Trotz Bedenken des Dekans der Mannheimer Medizin verblieb der Punkt auf der TO und auch meine Einwände wg. fehlender Beschlüsse durch Studienkommission und Fakultätsrat wurden mit dem typischen Zeitargument (Anlauf WS 2010/2011) erwidert. Allerdings von Frau Reiher, nicht vom Prorektor. Warum? Es handelt sich um den ersten seiner Art (Online-Studiengang) in BaWü und offenbart wird Stuttgart Fördermittel bereit stellen. Überdies soll eine internationale Expertenrunde an der Kreierung dieses Masters mitgewirkt haben, weshalb es "absurd wäre, wenn dieses Gremium nicht beschließen würde", Zitat Pfeiffer. Natürlich ging der Punkt durch, allerdings hat sich ein Mitglied mit uns enthalten (also 5).

#### 3b) Master Politische Wissenschaft

Keine Probleme, wenn auch ein wenig über die Ausgestaltung des Begleitfaches gefaselt wurde, was da inhaltlich und punktemäßig wie auszuführen sei.

3c-f) Aufhebung von Studiengängen: Theological Research, Medizin und Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern, Gerontologie und Biologie Betrifft gesetzliche Regelungen, deshalb sind die Aufhebungen Formalia. Bio kam als Tischvorlage.

### TOP 4 Änderungen POs, ZOs, etc.

4a-e) Legum Magister in Unternehmensrestrukturierung, BA Europäische mnstgeschichte, Master American Studies, BA Psychologie und Master Berufs- und organisationsbezogene Beratungswissenschaft (BOB).

Inhaltlich gab es hier nichts besonderes, bei allen wurde die Prüfungsordnung (PO) geändert. Bei American Studies wurde hingegen noch die Einflußnahme der Akkreditierungsagentur angemahnt, Timo hatte sich da besonders ins Zeug gelegt und bei Prorektor Pfeiffer nun ein Stein im Brett.

Die Anfrage bzgl. der Rückfinanzierung von weiterbildenden Mastern an Instituten - hier: BOB wurde aufgenommen und soll nun generell geprüft werden. Hintergrund: Die anberaumten Mittel von 18.000/Jahr für Miete und Personal (1/4 Professur und 2SWS MA) fließen auf das Drittmittelkonto von Frau Prof. Schiermsmann, es erfolgt also keine Refinanzierung ans Institut (Aversum).

Lt. Herrn Barz werden für jeden dieser Master eigentlich ein Fonds geführt, die Kostenberechnungen erledigt Dezernat 4, die eigentliche Budgethoheit ist allerdings dezentral bei den Instituten verortet. Deshalb wird nun auch nachgeprüft, warum und wie das Geld im Falle des IBW fließt.

#### 4f) Gebührensatzungen

Verschiedenste nichtkonsekutive Master wußten hier GSen aufgrund des LHG einführen (min. 500?). Wir haben angemerkt, daß wir den Erlass-Paragraphen grundsätzlich begrüßen und auch eine einheitliche Regelung bzgl. der Erlassentscheidungen wünschen. Daraufhin wurde beschlossen, daß auch die Diakoniewissenschaft einen solchen Passus haben sollte und die Fakultät entsprechend angefragt. Im übrigen sollen die GSen aber erstmal durchlaufen und in absehbarer Zeit einiges dann doch mal zentral in Einklang gebracht werden, eben die Erlassfunktion und -entscheidung. Dies nicht zuletzt um erste Praxiserfahrungen zu sammeln, aber man will doch Unstimmigkeiten und rechtliche Unsicherheiten ausschließen.

Nächste Sitzung: voraussichtlich am 19.01.2010

Das wars. Wir haben gut zusammengearbeitet, man kann sich schon jetzt einen Termin zum folgenden Vortreffen ausmachen.

Grüße

Norbert

i.A. von Timo, Hans und Robert

## 10. Antrag auf Einrichtung dreier neuer Referate

Dieser Antrag war schon einmal in der FSK-Sitzung, hat jedoch in der Sommerpause nicht genug Voten gesammelt und ist daher wieder von der TO geflogen. Rückmeldungen und Kritik wurden nun eingearbeitet, sind allerdings auch weiterhin ausdrücklich erwünscht!

### Einrichtung neuer Referate

Das Referat für Kommunales und Verkehr, das Referat für Soziales und das Referat für Studienreform und hochschulpolitische Entwicklungen beantragen Einrichtung folgender Referate:

#### Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Agitation

Die Fachschaftskonferenz richtet zum 1. Dezember 2009 das Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Agitation ein. Der Arbeitsbereich des Referates umfasst die formelle Konzeption und Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit der Fachschaftskonferenz, was Kontakt zu Medien aller Art, Aktualisierung der Homepage, Gestaltung von Publikationen, Versand von Pressemitteilungen, Beobachtung FSK-relevanter Presseaktivitäten und vor allem Beratung der Fachschaften, Referate und Arbeitskreise bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit und politischen Agitation umfasst.

Es wird besetzt mit Jan Wessel (FS ReWi) und Moritz Kirchner (FS CoLi).

Begründung: Die existierenden Referate machen zwar jeweils ihre eigene Presse-Arbeit und arbeiten auch teilweise übergreifend; viel zu viel Arbeit, die im genuinen Ö&A-Bereich anfällt, bleibt jedoch derzeit oft liegen, wie zum Beispiel allgemeine Anfragen aus der Presse. Um eine effektivere Ö&A-Arbeit leisten zu können, wäre die Einrichtung eines solchen Referates sehr sinnvoll. Die neuen ReferentInnen werden in die bisherige Presse- und Propaganda-Arbeit der FSK eingearbeitet, diese umfasst unter anderem die Pflege der Presseverteiler, den Versand von Pressemitteilungen, die Gestaltung von FSK-Publikationen und -formularen sowie gegebenenfalls die Aktualisierung der Homepage.

#### Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit

Die Fachschaftskonferenz richtet zum 1. Dezember 2009 das Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit ein. Der Arbeitsbereich des Referates umfasst zum einen die Erarbeitung von Positionen zu Themen wie Klima- und Umweltpolitik, Energieeffizienz, Fahrradförderung, Mensa-Einkaufspolitik, zum anderen die Umsetzung dieser Positionen an der Universität und mit ihr verbundenen Einrichtungen in Zusammenarbeit mit Arbeitskreisen der FSK (URrmeL, Appel un' Ei etc.) und anderen studentischen und nicht-studentischen Initiativen, die ebenfalls auf den Gebieten der Ökologie und Nachhaltigkeit aktiv sind.

Das Referat wird nach Bewerbung und auf Beschluss der FSK mit bis zu 3 Studierenden besetzt.

### Referat für Politische Bildung und Vernetzung

Die Fachschaftskonferenz richtet zum 1. Dezember 2009 das Referat für Politische Bildung und Vernetzung ein. Der Arbeitsbereich des Referates umfasst zum einen die inhaltliche und politische Auseinandersetzung mit den Forderungen nach Verfassten Studierendenschaften in Baden-Württemberg, der Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft sowie die aktive Vernetzung politisch interessierter Studierender, zum anderen die Konzeption und Durchführung politischer Workshops, die Erarbeitung von Informationsmaterialien und die Betreuung von und mit Zusammenarbeit mit Arbeitskreisen der FSK und anderen studentischen und nicht-studentischen Gruppen, deren Tätigkeit in den Aufgabenbereich des Referats fallen (Antifa AK, UNiMUT, Attac Campus, Kritische Initiative, JusoHSG, GHG, LHG, RCDS und RDCS). Darüber hinaus fördert das Referat die überregionale Vernetzung der FSK u.a. mit anderen Studierendenvertretungen in Bildungstreik, fzs, ABS, bpm, LAK und setzt sich dort nach Möglichkeit für FSK-Positionen ein. Es wird besetzt mit Johannes Michael Wagner (AK Lehramt) und Sebastian Zimmermann (KI).

Begründung: Die Politische Bildung soll überparteilich für alle Mitglieder der Gesellschaft "fundiert informieren, Aktuelles in geschichtliche Entwicklungen einordnen [...] und Zusammenhänge erklären" - und dafür muss auch die nötige Zeit und der nötige Raum garantiert werden. (lpb BaWü). Werden die längerfristigen hochschulpolitischen Entwicklungen auch vom entsprechenden Referat verfolgt, so hat sich im vergangenen Jahr doch auch hier die Notwendigkeit deutlich gezeigt, konkret und kurzfristig für die FSK aktiv werden zu müssen, auch über die Aufgaben des Referates hinaus („Außenvertretung“ und bundesweite Aktivitäten). Auch mit den jeweiligen Arbeitsgebieten anderer Referate der FSK existieren durch deren politischen Charakter durchaus Schnittmengen, deren Synergieeffekte gemeinsam genutzt werden sollen.

Das Referat für Politische Bildung der FSK soll explizit denjenigen Teil des Aufgabenspektrums der Studierendenvertretung abdecken, das im allgemeinen Politischen Mandat einer Verfassten Studierendenvertretung zum Ausdruck kommt, in Baden-Württemberg jedoch nicht vorgesehen ist. Die allgemeine und spezielle Politische Bildung gehört nicht nur ohnehin zu den genuinen Aufgaben einer Studierendenvertretung, sondern ihre Notwendigkeit hat sich auch gerade in Bundesländern ohne Verfasste Studierendenschaft und in letzter Zeit speziell in Heidelberg deutlich gezeigt. Zur expliziten Aufgabe der FSK als Studierendenvertretung muss auch die Vernetzung politischer Gruppen, wie sie u.a. im Bildungstreik aktiv gewesen sind, gehören.

## 11. Antrag der Gruppe Tatütheata

Wie schon zweimal in der Vergangenheit bittet die freie studentische Schauspielgruppe Tatütheata um finanzielle Absicherung in Höhe von maximal 500 (fünfhundert) Euro. Dies soll heißen, daß sie die Unterstützung nur im Falle von einer Verlustbilanz auf ihrer Seite in Anspruch nehmen würden; wenn sich ihre Aufführungen selbst tragen (worauf sie natürlich hinarbeiten), bleibt die FSK-Kasse unbelastet.

Worum es genau geht: Arthur Millers Die große Depression, ein Stück über die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre, das klarerweise gerade im Jahr 2009 wieder aktuell ist. Die vier Aufführungen finden am 25. und 30. November sowie am 1. und 2. Dezember im Romanischen Keller statt, der für studentische Gruppen günstigsten und zugleich bestetablierten Theaterbühne Heidelbergs. Die Werbekampagne (Plakate, Flugis) läuft gerade an.

Es folgt eine grobe Auflistung der bisher aufgetretenen und noch zu erwartenden Ausgabenposten unserer Produktion:

460 Euro - Aufführungsrechte und Rollenbücher (Deutscher Theaterverlag)

60 Euro - Plakatdruck

60 Euro - Flugidruck

100 Euro - Finanzierung von Probewochenenden (Verpflegung, Raummiete)

150 Euro - Miete des Romanischen Kellers

200 Euro - Requisiten

250 Euro - Kostüme

50 Euro - Schminke

NULL Euro Gage, etwaige Gewinne fließen in zukünftige Projekte

Summe: 1330 Euro

Nun zu den erwarteten Gewinnen: Einen Überschuss aus der letzten Produktion gibt es nicht. Bei unseren Eintrittspreisen von 6 bzw. 4 Euro (Studenten- oder sonstige Ermäßigung) kämen sie bei 70 Zuschauern pro Aufführung (der Romanische Keller kann und darf nicht mehr als 100 Leute fassen), davon die Hälfte ermäßigungsberechtigt, auf just 1400 Euro an Einnahmen, könnten sich also problemlos finanzieren. Doch die Erfahrung zeigt, dass nicht immer alles läuft wie geplant, daß zum Beispiel wie bei ihrem vorletzten Stück die Gruppe kollektiv einer Grippewelle zum Opfer fallen kann. Zum Schutz vor solchen Unbillen brauchen wir ein finanzielles Polster.

Für Rückfragen zu Gruppe, Stück, Finanzen oder was auch immer stehen ich

(carlos\_franke@taunusstein.net) sowie unser Kassenwart Christian Niedworok (ch-n@gmx.net)

jederzeit zur Verfügung. Das Kulturreferat befürwortet den Antrag